

## **Antrag der Fraktion DIE LINKE**

### **Zukunft des Sammlermuseums Weserburg sichern und gestalten**

Nach dem monatelangen Streit um das Neue Museum Weserburg haben der Stiftungsratsvorsitzende Klaus Sondergeld und auch der Betriebsrat jeweils ein eigenes Gutachten vorgelegt.

Das von dem Münchener Prof. Helmut Friedel im Auftrag des Stiftungsrats erarbeitete Gutachten sieht drei Varianten für die Zukunft der Weserburg vor, die allesamt ein Ende des Sammlermuseums bedeuten, da sie, egal ob Standortwechsel oder Verbleib auf dem Teerhof, eine drastische Verkleinerung der Ausstellungsfläche beinhalten. Die „Kreiszeitung“ stellte am 10. April 2015 zu diesem Gutachten fest, dass Passagen darin von Kulturdeputationsunterlagen einfach abgeschrieben worden sind.

Der Betriebsrat stellt in seinem Gutachten fest, dass gemäß Stiftungssatzung juristische Ansprüche der Weserburg gegenüber der Stadt Bremen bestehen. Hervorzuheben ist besonders die Verpflichtung der Stadt, eine angemessene Sach- und Personalausstattung der Weserburg sicherzustellen. Der Betriebsrat zieht in seinem Gutachten die Schlussfolgerung, dass deshalb ein Notvorstand eingerichtet werden muss, der Stiftungsratsvorsitzende sein Amt niederlegen und die Stadt die Zukunft des Sammlermuseums Weserburg, samt Galerie für Aktuelle Kunst (GAK) und dem Studienzentrum für Künstlerpublikationen, finanziell absichern sollen.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. das Grundstück „Weserburg“ und die Gebäude der Stiftung kosten- und lastenfrei gemäß der Stiftungsurkunde zu übereignen.
2. sachliche und personelle Mittel in Höhe von 1 Mio. € p. a. (dies entspricht der Zuwendungshöhe bis zur Kürzung im Doppelhaushalt 2014/2015) für das Neue Museum Weserburg sicherzustellen.

Die Stadtbürgerschaft erwartet, dass der von der Stiftung eingesetzte Notvorstand und eine neu einzuwerbende Direktorin/ein neu einzuwerbender Direktor den von Peter Friese eingeschlagenen Weg – die Öffnung für junge Sammlungen und neue Konzepte der Vermittlung von moderner Kunst der Gegenwart – zu verstetigen.

Peter Erlanson,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE